

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 93 (1999)
Heft: 11

Rubrik: Zeichen der Zeit : Rechtsrutsch in der Schweiz?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

Rechtsrutsch in der Schweiz?

Die nationalistische Rechte hat bei den Nationalratswahlen kräftig zugelegt. Die SVP wurde mit 23,3 (vorher 14,9) Prozent zur wählerstärksten Partei und erhöhte ihre Mandatszahl von 29 auf 44. Die SP verlor drei Sitze im Nationalrat, obschon sie ihren Wähleranteil um 0,8 Prozent auf 22,6 Prozent leicht steigern konnte. Auch Totgesagte leben länger: Die CVP hat sich um einen Sitz verbessert und verfügt jetzt über 35 Mandate. Der Freisinn fiel zwar um zwei Sitze auf 43 zurück, bleibt unter Anrechnung der Ständeratsmandate aber die stärkste Kraft in der Bundesversammlung. Rechtsrutsch? Debakel für die Linke? Ende der «Zauberformel»? Nichts von alledem, aber auch nicht das Gegenteil!

Sieg ohne Sieger

7 der 15 neuen Nationalratsmandate der SVP gehen auf Kosten der Freiheitspartei und der Schweizer Demokraten. Was ändert, ist also nicht der *rechtsextreme Inhalt*, sondern dass dieser künftig mit dem *Gütesiegel einer «Regierungspartei»* daherkommt. Der Rechtsblock als Ganzes zählt 48 Stimmen, das sind 7 mehr als bisher. Die grün-rote Seite hat mit 68 Mandaten 4 weniger als zuvor. Hält sich also der Schaden in Grenzen? Schliesslich haben fast 77 Prozent nicht SVP gewählt. In einer Langzeitperspektive sieht's nochmals anders aus: Das nationalkonservative Lager (SVP, Schweizer Demokraten, Freiheitspartei, EDU, Lega) hat seinen Wähleranteil seit 1979 von 14 auf fast 28 Prozent verdoppelt.

Zweifellos sei «die ideologisch von Christoph Blocher dominierte Protest- und Oppositionspartei die unbestrittene Wahlsiegerin», schreibt die NZZ (30./31.10.99), um schon fast beschwichtigend hinzuzufü-

gen: «Nach rechts gerutscht ist nach den jüngsten Wahlen nicht das Land und auch nicht das Parlament, sondern die SVP selbst.» Aber ist es nicht alarmierend genug, wenn eine Regierungspartei alle Hemmungen gegenüber dem Rechtsextremismus verliert und von diesem die Themen, ja selbst den rüden Stil übernimmt? Der Gründer der Autopartei, die alle Sitze verloren hat, kann triumphieren. «Meine Saat ist aufgegangen», stellte Michael Dreher am Wahltag befriedigt fest.

Rechtsextremismus? Die SVP gibt sich schweizerisch und demokratisch, obschon sie einem «Führer» folgt, was unschweizerischer und undemokratischer nicht sein könnte. In der Sozialpolitik propagiert sie den Rückfall ins letzte Jahrhundert, nämlich die Überwindung des verhassten Sozialstaates durch den «Fürsorgestaat». Fremdenfeindlichkeit ist das Ablenkungsmanöver für die Modernisierungsverlierer, die durch die SVP rein gar nichts gewinnen, aber auch das wenige noch zu verlieren haben, das der Sozialstaat ihnen zum Ausgleich bietet.

Zwar ist die SVP keine faschistische Partei, aber sie schafft den Nährboden, auf dem faschistische Gruppen und Individuen gedeihen, bietet diesen auch Heimat. Die SVP ist auch keine antisemitische Partei, aber sie duldet Grenzüberschreitungen, die dem *Antisemitismus* mehr als nur entgegenkommen. Besonders schlimm sind die Entgleisungen des Herrn Blocher, der einem notorischen Auschwitzleugner anerkennend schreibt: «Wie recht er doch hat...» Wenn es aus Unachtsamkeit geschah, dann wäre wenigstens eine Entschuldigung zu erwarten gewesen. Damit nicht genug versichert Blocher gegenüber der israelischen Zeitung «Yediot Acharonoth», dass es in der

Schweiz einen Antisemitismus gar nicht gebe, und beleidigt im gleichen Interview «die jüdischen Organisationen», die sich «mit ihrer Boykottandrohung gegen Schweizer Banken ähnlicher Mittel bedient hätten wie einst die Nazis, als sie zum Boykott jüdischer Geschäfte aufriefen» (NZZ 27.10.99). Zur Erinnerung: 1933 hatte die NSDAP unter der Losung «Kauft nicht bei Juden» Schlägertrupps organisiert, die jüdische Geschäfte beschmierten sowie Kundinnen und Kunden gewaltsam am Betreten dieser Geschäfte hinderten. «Ähnliche Mittel»? «Kein Antisemitismus»?

Die SP keine Themenpartei?

Eine Nachwahlbefragung, die das GfS-Forschungsinstitut im Auftrag der SRG durchgeführt hat, kam zu dem doch recht deprimierenden Ergebnis, dass nicht mehr die SP, sondern die SVP die *wahlentscheidenden Themen* besetzte. Sie lauteten: «Erstens Kampf gegen Asylmissbrauch, zweitens Steuersenkungen, drittens Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz» (TA 30.10.99). Die SP wurde mehr wegen ihren «Köpfen» als wegen ihren «Themen» gewählt. Nichts gegen gute und glaubwürdige Persönlichkeiten. Aber wofür sie politisch stehen, sollte wohl auch noch klar sein.

Ja, wofür stand die SP überhaupt? Sicher für den *Sozialstaat* als Garanten gegen eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Es fehlte auch nicht an Konzepten für eine soziale Gesundheitspolitik anstelle der heutigen Kopfprämien in der Krankenversicherung. Armut sollte für Betagte mit verbesserten AHV-Renten und im Fall von Familien mit Kinderrenten bekämpft werden. Für ältere Langzeitarbeitslose sah das Wahlprogramm Ergänzungsleistungen statt Sozialhilfe vor. Wer SP wählte, konnte auch wissen, dass diese Partei Steuerschlupflöcher stopfen und eine Kapitalgewinnsteuer einführen will. Arbeitszeit- und Lehrstelleninitiativen lagen ebenfalls auf der Linie einer Partei der «sozialen Gerechtigkeit».

Die guten Inhalte gingen jedoch unter in einer *Anti-Blocher-Kampagne*, die für den SVP-Führer im bürgerlichen Lager mehr

Nutzen als Schaden stiften musste. Dabei hätte es zahllose *Widersprüche* in der SVP-Politik gegeben, die es wert gewesen wären, aufgedeckt zu werden. Zum Beispiel bei den bilateralen Verträgen mit der EU und den flankierenden Massnahmen: Die gleiche SVP, die vor den 40-Tönnern auf Schweizer Strassen warnt, sagt nein zur Verlagerung der Güter auf die Bahn. Die gleiche SVP, die Ängste vor Lohndumping schürt, ist gegen die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Widersprüchlich verhält sich die SVP aber auch gegenüber der Globalisierung der Märkte. Womit sich einmal mehr zeigt, dass Blocher und seine Gefolgsleute den Neoliberalismus pur vertreten, obschon (oder gerade weil?) dieser die Modernisierungsoffer schafft, denen das nationalistische Projekt SVP vermeintliche Geborgenheit anbietet.

Geradezu unverantwortlich war die Behandlung der *Asylpolitik* als «Defensivthema», das von der SP möglichst nicht angesprochen werden sollte. Die politische Rechte wird von diesem Thema nie genug bekommen, wenn wir es ihr überlassen. Sie hängt an Asylverhinderung, Zwangsmassnahmen und immer neuen Formen der Repression wie der Junkie an der Nadel. Dabei gibt vor allem die Zürcher Polizeidirektorin Rita Fuhrer den Takt an. Vor gut zwei Jahren stellte ihr der Tages-Anzeiger (20.10.97) die Frage: «Es gibt Fälle, in denen nicht der Häftling die Rückschaffung verhindert, sondern der Heimatstaat. Soll der Betroffene vielleicht sein ganzes Leben in Ausschaffungshaft verbringen?» Die Antwort von Frau Fuhrer lautete: «Ja, das müsste man zumindest vorsehen können, Kuwait hat das übrigens vorgemacht.» Für «Asylanten» ist unser Rechtsstaat viel zu schade, sollen für sie doch die Standards ihrer Herkunfts- und Verfolgerstaaten gelten, mag es dabei noch so menschenrechtswidrig zu und her gehen. Frau Fuhrer wird heute als mögliche SVP-Bundesrätin gehandelt... Wehe, wenn die Fremdenfeindlichkeit die Agenda diktiert. Dann gewinnt Wahlen, wer daraus ein Offensivthema machen kann.

In der SP wird zur Zeit diskutiert, ob das Resultat nun überhaupt eine Wahlnieder-

lage gewesen und wer dafür schuldig zu erklären sei. Gewiss ist in unserer Zeit für die Linke jede Stagnation ein Rückschritt. Gewiss muss die SP über die Bücher, wenn sie nicht mehr die wahlentscheidenden Themen bestimmt. Das eigene Versagen aber an der *heutigen Präsidentin* festmachen zu wollen, wäre allzu billig. Mag sein, dass der Vorgänger die Partei so geprägt hat, dass sie – zu ihrem Nachteil – alles «von oben» erwartet. Tatsache ist, dass Ursula Koch eine *Grundwertediskussion* für dringlicher erachtet als gewisse Konzepte und «Events», nach denen die Zeitgeistsurfer und Pragmatikerinnen rufen. Und sie hat recht. Je grundsätzlicher antisozialistisch von rechts her politiert wird, umso mehr tut ein Grundsatzprogramm not, das die Grundwerte des demokratischen Sozialismus in Erinnerung ruft und anhand der Fragen unserer Zeit konkretisiert. Das Programm läge wohl schon lange vor, wenn es der Parteiapparat nicht immer wieder sabotiert hätte. Aus Angst vor Grundsätzlichem, gar vor der Rückkehr zu einem demokratischen Sozialismus?

Für einen Bundesrat ohne SVP

Die SVP wähnt sich so sehr als Siegerin, dass sie gleich *zwei Bundesratsitze* für sich beansprucht. Rein numerisch ist dieser Anspruch kaum ausgewiesen. Er müsste, wenn überhaupt, auf Kosten der CVP eingelöst werden. Diese hat im Nationalrat tatsächlich 9 Sitze weniger als die SVP, in der Bundesversammlung, dem Wahlkörper des Bundesrates, verringert sich der Abstand indes auf einen einzigen Sitz. Aber eigentlich hat die SVP gar nicht die CVP im Visier, sondern die SP. «Uns ist lieber, die SP hat bloss einen Sitz», erklärte Blocher nach der Wahl (TA 26.10.99).

Es ist das seltsame *Doppelspiel* der SVP, dass sie sich mit Regierungsleuten plustert, die eine weit vernünftige Politik vertreten als die Partei. Man partizipiert dadurch am Bonus einer Regierungspartei, um gleichzeitig in populistischer Obstruktion gegen die «*classe politique*» Stimmung zu machen. Georg Kohler, Professor für Poli-

tische Philosophie, nennt diese Politik «die Zerstörung der sachpolitischen Vernunft durch den populistischen Willen zur Macht» (Weltwoche 28.10.99).

So ist denn die SVP nicht nur in ihrem Stil, sondern auch in ihren Inhalten weder regierungs- noch konkordanzfähig. Der «Fürsorgestaat», den sie propagiert, wäre das Ende der *Sozialen Marktwirtschaft*, die auch nach bürgerlichem Verständnis dem Staat die Verantwortung für den sozialen Ausgleich gegenüber den Ungerechtigkeiten des Marktes zuordnet. In der *Finanzpolitik* will die SVP die direkten Bundessteuern um 10 Prozent reduzieren, während bürgerliche Solidität zunächst einmal die Schuldensanierung abwarten, die linke Solidarität auf der Gerechtigkeit gerade dieser progressiven Steuern insistieren müsste. In der Frage des *EU-Beitritts* verlangt die SVP ein dogmatisches Nein auf alle Zeiten, während die bürgerliche Seite für ein Moratorium zu haben ist, die SP dagegen die Beitrittsverhandlungen unverzüglich aufnehmen möchte. Nach SVP-Doktrin darf die Schweiz auch nicht der *UNO* beitreten, während die übrigen Bundesratsparteien diesen Beitritt befürworten. In der *Asylfrage* politisiert diese Partei auf dem Niveau ihrer fremdenfeindlichen Inserate. Hinzu kommt die Verunglimpfung des politischen Gegners, ja selbst der bürgerlichen Parteien, die angeblich den «Sumpf der Mitte» kultivierten.

Das Beste für das Land und auch für die Linke wäre eine *neue Koalition ohne SVP*. Diese würde in die Opposition verwiesen, die sie eh schon gewählt hat. Es gibt für die SVP kein schlimmeres Schimpfwort über den politischen Gegner, als wenn sie ihn der «Wischiwaschi-Politik» bezichtigt. Aber genau diese Politik betreibt sie mit dem Ansinnen, sich an einer Regierung zu beteiligen, die sie bekämpft. Das Ende der Zauberformel ist dennoch nicht zu erwarten: nicht von den bürgerlichen Parteien, denen die SVP-Schelte mehr zusetzt, als sie nach aussen zugeben, nicht von der SP, die mit dieser Abgrenzungsstrategie «Gefahr» liefe, das zu verlieren, was ihr momentan das Wichtigste zu sein scheint: die eigenen zwei Sessel im Bundesrat.